

Am 20.12.2010 stellte die Fraktion DIE LINKE im NRW-Landtag einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung in Sachen Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Bereits für den Nachtragshaushalt 2010 wurde gefordert, den gemeindlichen Anteil der zu verteilenden Steuerverbundmasse, den sogenannten Verbundsatz, um einen einzigen Prozentpunkt von 23 auf 24% anzuheben. Dies hätte die zu verteilenden Gelder um ca. 350 Mio. Euro erhöht. Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen im Landtag abgelehnt.

Der Entwurf der Landesregierung sieht für 2011 lediglich im Wesentlichen eine Umverteilung der zu knappen Zuweisungen vor. Das wird der Situation der Kommunen nicht gerecht. Im Gegenteil: Das strukturelle Defizit, im Wesentlichen verursacht durch Einnahmeverluste und Ausgabensteigerungen, die auf landes- und bundespolitische Entscheidungen zurückzuführen sind, wird eher weiter verfestigt.

Gegen die Anhebung des Verbundsatzes haben auch die von Parteien aus unserer Region über entsprechende Listen gewählten Landtagsabgeordneten gestimmt und sich damit gegen eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ausgesprochen. Haben Sie, meine Damen und Herren, schon mit ihrem oder ihrer Abgeordneten darüber geredet?

Nun, geredet wurde, auf anderer Ebene, z.B. in der Perspektivkommission. Wieder einmal wurde Zeit, Energie, durchaus auch Kreativität eingebracht, um das, jedenfalls auf Dauer, nicht Machbare zu machen. Ein Haushalt muss her; ein ausgeglichener Haushalt - natürlich. Kein ernst zu nehmender Mensch wird das in Frage stellen. In Frage gestellt wurde bemerkenswerterweise erstmalig die Perspektivkommission selbst, jedenfalls vereinzelt. Eine gewiss verständliche Reaktion, die sich beim Versuch der Lösung des Unlösbaren einstellen mag.

Wieder einmal war schon sehr früh klar, wohin die Reise geht und wer sie bezahlt: Z.B. Erhöhungen von Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger sowie Kürzungen von Zuschüssen für Detmolder Vereine. Die nach wie vor leistungsstarke Detmolder Wirtschaft sollte, auch da gab es früh weitgehend Konsens, im Gegensatz zu 2010 keinen erhöhten Anteil an Gewerbesteuer erbringen. Sie soll geschont werden. Wobei eine vergleichbare Stadt wie etwa Minden einen um 10 Punkte höheren Hebesatz als die Stadt Detmold hat. Für die Stadt Detmold hätte das ein Mehr an Steuereinnahmen in 7stelliger Höhe bedeutet.

Nicht selten zu hörende Rechtfertigungen oder Beschwichtigungen in Zusammenhang mit Erhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger wie z.B.: „Das sind pro Kopf doch nur 7 Euro“, weise ich zurück. Ohne derartige statistische Berechnungen hinsichtlich ihrer mathematischen Korrektheit in Frage stellen zu wollen, muss der Hinweis erlaubt sein, dass Geld nun einmal keinen absoluten Wert hat. Der Wert von Geld ist etwas sehr subjektives und stets abhängig von seiner Bedeutung für die Person, die es aufzubringen hat. So sind 7 Euro pro Kopf für einen Zwei-Personen-Haushalt mit einem überdurchschnittlichen Gesamteinkommen von 5000 Euro wohl kaum eine entscheidende Belastung. Für einen Zwei-Personen-Rentnerhaushalt mit einer durchschnittlichen Rente von 1300 Euro sind sie womöglich ein sehr großes Problem. Zumal sie auch für Detmolder nicht die einzige zusätzliche Belastung darstellen. Belastungen ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger auch durch Entscheidungen auf anderen politischen Ebenen. So machen sich sehr viele Menschen in Detmold Sorgen über Kosten, die in Zusammenhang mit den anstehenden Dichtheitsprüfungen auf sie zukommen können. Gewiss sind die rechtlichen Grundlagen dazu Landessache. Die Stadt Detmold sorgt nur für die Durchführung. Aber, dass die Belastungen

von verschiedenen Entscheidungsebenen ausgehen, mindert doch nicht die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger.

Vereine in Detmold stellen einen wertvollen Beitrag nach innen wie außen dar. Sie sind Anlaufstelle und Hilfe bei der Alltagsstrukturierung vieler Menschen. Detmolder Vereine besitzen ein hohes Integrationspotential. Sie sprechen unterschiedliche Zielgruppen an und haben inhaltlich viel zu bieten, egal, ob Kulturinitiative, Flüchtlingshilfe, Literaturbüro oder auch Plattdeutscher Verein und andere. Vielen von ihnen drohen finanziell erhebliche Kürzungen oder gar Streichungen und damit z..T. gewaltige Probleme bei der Fortsetzung der Arbeit. Auch dies wird letztlich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt treffen. Und das, obwohl die hier erzielten Einsparungen eher geringe Bedeutung haben. Für viele Vereine kann es hingegen von durchaus existenzieller Bedeutung sein, wenn vierstellige Summen wegbrechen. Ich weise diese Kürzungen daher entschieden zurück.

Nicht unerwähnt bleiben soll das Positive. So ist ein Schritt in die richtige Richtung die, gewiss ausbaufähige, höhere Belastung von Besserverdienenden bei den Kita-Gebühren. Überlegungen, für die Stadt Detmold eine Kultur- oder Bettensteuer sowie eine Zweitwohnsitzsteuer einzuführen sind interessant und weitere Diskussionen wert. Demnächst zu erwartende diesbezügliche Vorschläge der Verwaltung geben dann vielleicht auch erste Hinweise darauf, ob der Verwaltungsaufwand in einem gesunden Verhältnis zu den erzielbaren Einnahmen steht.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend halte ich fest, dass diejenigen, die ohnehin bereits übermäßig belastet sind, die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Detmold, weitere Belastungen hinzunehmen haben und die Belastungsfähigen gleichzeitig in der Hinsicht außen vor bleiben. Die Stadt Detmold mag einmal mehr um eine Haushaltssicherung herumkommen. Gleichzeitig wird sie, gewollt oder nicht, wohl eher letzteres, ein Stück dazu beitragen, bei den Bürgerinnen und Bürgern viele kleine Nothaushalte zu schaffen. Vor diesem Hintergrund werde ich dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.